Harte Antwort von Prokopis Pavlopoulos an Herrn Schäuble zum Besatzungszwangskredit

"I Avgi" vom 14. Januar 2015

http://www.avgi.gr/article/5212646/skliri-apantisi-apo-ton-pr-paulopoulo-ston-soimple-gia-to-katoxiko-daneio

Als *"provozierend falsch"* charakterisiert Prokopis Pavlopoulos die Bemerkung von Wolfgang Schäuble, der gestern erklärt hat, die deutsche Regierung sei der Auffassung, dass die griechischen Forderungen nach Reparationen jeder Grundlage entbehrten. In einer ausführlichen Stellungnahme antwortet Pavlopoulos dem deutschen Minister und charakterisiert die deutsche Verpflichtung als *"Staatsschuld eines Mitgliedsstaates der Eurozone"*. Im einzelnen wird auf der webseite von Herrn Pavlopoulos das folgende hierzu ausgeführt:

"Die Feststellungen von Herrn Bundesminister W. Schäuble betreffend die griechischen Forderungen auf Rückzahlung des Besatzungszwangskredits und der Kriegsentschädigungen sind offenbar und provozierend unzutreffend. Nicht nur weil die Behauptung einer angeblichen *"Verjährung"* oder einer angeblich *"bereits erfolgten Regelung"* falsch ist, wie sie von Herrn Schäuble behauptet wird, sondern weil ganz im Gegenteil die griechischen Forderungen in rechtlicher Hinsicht sehr wohl begründet sind; dies hatte ich bereits 2013 festgestellt - so beispielsweise in einem Interview mit NET in ihrer Sendung vom 15.4.2013. Damals hatte ich erklärt:

«Wir haben es hier mit zwei - unter juristischen Aspekten - völlig verschiedenen Themata zu tun. Nämlich:

I. Erstens mit dem Besatzungskredit, der vom Deutschen Reich zwangsweise - oder genauer gesagt: in erpresserisch-gewalttätiger Weise - der damaligen griechischen Marionettenregierung zur Bestreitung der Besatzungskosten vertraglich auferlegt worden war. Es handelt sich im juristischen Sinne also um ein vereinbarte Schuld. Die griechischen Forderungen resultieren also aus vertraglicher Vereinbarung und nicht aus unerlaubter Handlung.

A. Zu dieser Forderung treten weiterhin Beträge, die aus den Kreditabsprachen resultieren - wie vor allem die Forderungen von Verzugszinsen, die sich aus der Nichteinhaltung des vereinbarten Rückzahlungstermins ergeben.

B. Was diese Forderung betrifft, stellt sich jetzt weder die Frage einer Verjährung oder eines Verzichts. Lediglich die Frage der Gesamtberechnung ihrer Höhe bis auf den heutigen Tag steht im Raum. Darauf hinzuweisen ist, dass die Rechtswirksamkeit der griechischen Forderungen auch deshalb eindeutig erscheint, weil die Rückzahlung dieses Kredits bereits in der Zeit der Besatzung begonnen hatte. Dies ist seit längerem allgemein bekannt.

II. Zweitens steht die Frage der Entschädigung griechischer Kriegsopfer und von Sachschäden durch die Besatzungsstreitkräfte im Raum.

A. Ich betone zunächst, dass auf der Pariser Friedenskonferenz von 1946 eine Summe von circa 7,5 Milliarden Dollar genannt worden war, die Griechenland als Entschädigung zustehe.

B. Zu beachten ist ferner, dass durch die Londoner Schuldenkonferenz von 1953 Deutschland keineswegs seine Kriegsschulden *"erlassen"* worden wären, wie dies heute deutsche Regierungsstellen offenbar behaupten wollen. Vielmehr hat die Londoner Konferenz die Frage der Schulden vertagt bis zum Abschluss eines völkerrechtlich wirksamen Friedensvertrages zwischen Deutschland und den Siegermächten. Es handelte sich also hinsichtlich der Erfüllung deutscher Schulden lediglich um eine aufschiebende Bedingung (lato sensu), weil man damals der Auffassung war, dass Deutschland - vor allem wegen seiner Teilung in Ost- und Westdeutschland - nicht die nach Völkerrecht erforderliche Grundlage und staatsrechtliche Voraussetzung für die Übernahme und Erfüllung von Verbindlichkeiten dieser Art besessen hat.

1. Diese Bedingung des vorgängigen Abschlusses eines Friedensvertrages ist jedoch im Jahre 1990 eingetreten. Nach der deutschen Wiedervereinigung hat das Land mit der Unterzeichnung des sog. "2 plus 4-Vertrages" zwischen den beiden deutschen Staaten und den 4 Siegermächten erneut völkerrechtlich die volle Souveränität gewonnen.

2. Somit ist nunmehr allgemein und offiziell anerkannt - de facto hat dies auch Deutschland selber anerkannt, da es nunmehr die volle Souveränität besitzt -, dass dieser Vertrag den Charakter eines völkerrechtlich wirksamen Friedensvertrages besitzt, so wie er im Londoner Schuldenabkommen vorgesehen war. Dies gilt vor allem auch deshalb, weil nur Deutschland selber einen solchen Friedensvertrag unterzeichnen konnte, durch den es die Wiedervereinigung und die volle Souveränität nach dem 2. Weltkrieg erreicht hat.

C. Der "2 plus 4 - Vertrag" umfasst wegen seines völkerrechtlichen Charakters aber auch solche Staaten, die unter deutscher Besatzung gestanden haben, auch wenn sie - wie Griechenland - an seinem Zustandekommen nicht beteiligt waren. Es ist also ein im juristischen Sinne allgemeinverbindliches Vertragswerk.

D. Die rechtliche Grundlage für die Reparationsforderungen Griechenlands gegenüber Deutschland ist im Artikel 3 der Haager Landkriegsordnung von 1907 zu finden, in dem bereits damals die kriegsvölkerrechtlichen Regeln kodifiziert wurden. Hiernach gilt: *«Die Kriegspartei, welche die Bestimmungen der bezeichneten Ordnung verletzen sollte, ist gegebenen Falles zum Schadensersatze verpflichtet. Sie ist für alle Handlungen verantwortlich, die von den zu ihrer bewaffneten Macht gehörenden Personen begangen werden.»*

Darüber hinaus bestimmen die Artikel 46 und 47 der Haager Landkriegsordnung von 1907:

Art. 46 Schutz des Einzelnen und des Privateigentums:
Die Ehre und die Rechte der Familie, das Leben der Bürger und das Privateigentum sowie die religiösen Überzeugungen und gottesdienstlichen Handlungen sollen geachtet werden. Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden.

Art. 47 Plünderungsverbot:
Die Plünderung ist ausdrücklich untersagt.

Alle diese grundlegenden Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung sind durch das Nürnberger Kriegsverbrechertribunal im Jahre 1946 erneut bestätigt worden.

1. Alles dies wurde sogar noch im Jahre 1965 vom damaligen deutschen Bundeskanzler Ludwig Erhard gegenüber der griechischen Regierung ausdrücklich bestätigt.

2. Erhard sprach seinerzeit von Reparationen in der Höhe von 500 Millionen DM.

III. Die jüngste Entscheidung des IGH in Den Haag, in der die italienische Klage auf Kriegsent-

schädigungen gegen die Bundesrepublik abgewiesen wurde - wobei auch griechische Kläger prozessbeteiligt waren - ist in keiner Weise geeignet den vorstehend geschilderten juristischen Sachverhalt bzw. die Argumente Griechenlands zu entkräften. Dies vor allem deshalb nicht, weil es sich im dort entschiedenen Fall um die Klage von Privatleuten handelte; hier jedoch geht es um Rechtsforderungen des griechischen Staates nach völkerrechtlichen Regeln - hinsichtlich des Besatzungszwangskredits und um Reparationen der von deutschen Besatzungstruppen durchgeführten *"Maßnahmen"*.

A. Nach einer vorläufigen Berechnung belaufen sich die vorbeschriebenen griechischen Forderungen gegenüber der Bundesrepublik auf wenigstens 60 Milliarden Euro für den erhobenen Besatzungszwangskredit sowie auf 110 Milliarden Euro an Reparationen, also insgesamt auf etwa 170 Milliarden Euro. Dies genau zu errechnen wird aber Sache der zuständigen griechischen Amtstellen sein.

B. Und dies zu guter Letzt: Die heutige europäische Gemeinschaft, die charakterisiert ist von der Notwendigkeit die Schuldenverpflichtungen der Länder in der Eurozone zu begrenzen, um grundlegende Stabilitätsziele in den Staatshaushalten zu erreichen - wozu vor allem die Schuldenlast aller einzelnen Mitgliedsländer in der Eurozone gehören - erzwingt auch die Lösung aller zwischen diesen Ländern bestehender Differenzen auf der Grundlage des europäischen und des internationalen Rechts."

Griechisches Original:

Σκληρή απάντηση από τον Πρ. Παυλόπουλο στον Σόιμπλε για το κατοχικό δάνειο

Η ΑΥΓΗ 14.01.2015 , 01:10

Προκλητικά εσφαλμένους χαρακτηρίζει ο Προκόπης Παυλόπουλος τους ισχυρισμούς του Βόλφγκανγκ Σόιμπλε, ο οποίος υποστήριξε χθες ότι η γερμανική κυβέρνηση δε βλέπει να υπάρχει καμία βάση για τη διεκδίκηση επανορθώσεων από την πλευρά της Ελλάδας. Με εκτενές άρθρο του, ο Πρ. Παυλόπουλος απαντά στον Γερμανό υπουργό Εξωτερικών, χαρακτηρίζοντας την οφειλή της Γερμανίας "δημόσιο χρέος χώρας-μέλους της ευρωζώνης".

Αναλυτικά το άρθρο του Πρ. Παυλόπουλου, όπως δημοσιεύθηκε στην ιστοσελίδα του:

"Οι σημερινοί ισχυρισμοί του Υπουργού Οικονομικών της Γερμανίας κ. Βόλφγκανγκ Σόιμπλε, αναφορικά με τις απαιτήσεις της Ελλάδας ως προς το κατοχικό δάνειο και τις αποζημιώσεις, είναι προδήλως –αλλά και προκλητικώς- εσφαλμένοι. Όχι μόνον δεν υφίσταται ζήτημα παραγραφής ή προηγούμενης ρύθμισης, όπως ισχυρίζεται ο κ. Σόιμπλε, αλλά όλως αντιθέτως οι ως άνω ελληνικές απαιτήσεις είναι πλήρως ενεργές από νομική άποψη, όπως άλλωστε είχα επισημάνει ήδη από το 2013 (π.χ. συνέντευξη στη ΝΕΤ και στην εκπομπή «Συμβαίνει τώρα», στις 15.4.2013). Τότε είχα τονίσει:

«Διευκρινίζω ότι έχουμε να κάνουμε με δύο εντελώς διαφορετικά, από νομική άποψη, θέματα. Ήτοι:

Ι. Πρώτον, με το κατοχικό δάνειο προς τη Γερμανία, το οποίο συνήφθη υποχρεωτικώς –ορθότερα με καταναγκαστικό και εκβιαστικό τρόπο- μεταξύ της κατοχικής Ελληνικής Κυβέρνησης και της Γερμανίας, προς συντήρηση των στρατευμάτων κατοχής. Εδώ πρόκειται, λοιπόν, από νομική σκοπιά για ενοχή εκ συμβάσεως. Άρα η αντίστοιχη εκ της συμβάσεως απαίτηση της Ελλάδας είναι

ενδοσυμβατικής και όχι αδικοπρακτικής προέλευσης.

Α. Σ' αυτήν την απαίτηση προστίθενται ποσά τα οποία προκύπτουν από συναφείς προς τη δανειακή σύμβαση αιτίες, όπως είναι ιδίως οι τόκοι υπερημερίας λόγω μη έγκαιρης εξόφλησης.

Β. Για την απαίτηση αυτή δεν τίθεται ούτε θέμα παραγραφής ούτε θέμα παραίτησης. Τίθεται μόνο ζήτημα συνολικού υπολογισμού της ως σήμερα. Ας σημειωθεί ότι η ελληνική θέση γίνεται νομικώς τόσο περισσότερο ισχυρότερη, όσο ήδη από την κατοχική περίοδο είχε αρχίσει η αποπληρωμή του δανείου, σύμφωνα με όσα έχουν γίνει γνωστά κατά καιρούς.

ΙΙ. Και, δεύτερον, με τις αποζημιώσεις λόγω ανθρώπινων θυμάτων και υλικών καταστροφών στην Ελλάδα από τις δυνάμεις κατοχής.

Α. Επισημαίνω πριν απ' όλα ότι το 1946, στη Διάσκεψη των Παρισίων, είχε προσδιορισθεί ένα –κατά προσέγγιση- ποσό τέτοιων αποζημιώσεων προς την Ελλάδα ύψους 7,5 δισ. δολαρίων.

Β. Κυρίως δε τονίζω με έμφαση ότι το 1953, με τη Συμφωνία του Λονδίνου, δεν «χαρίσθηκαν» στη Γερμανία οι οφειλές της λόγω πολεμικών αποζημιώσεων, όπως η γερμανική πλευρά «τεχνηέντως» φαίνεται να διατείνεται. Η Συμφωνία αυτή απλώς έθεσε «σε αδράνεια» τις οφειλές της Γερμανίας ως την υπογραφή, κατά το Διεθνές Δίκαιο (Δίκαιο του Πολέμου) «Συμφώνου Ειρήνης» μεταξύ της τελευταίας και των Δυνάμεων που νίκησαν στον Β΄ Παγκόσμιο Πόλεμο. Πρόκειται νομικώς για ένα είδος «αναβλητικής αίρεσης» (lato sensu) σχετικά με την εξόφληση των υποχρεώσεων της Γερμανίας, επειδή τότε θεωρήθηκε ότι αυτή δεν διέθετε –πρωτίστως λόγω της διαίρεσής της σε Δυτική και Ανατολική- την κατά το διεθνές δίκαιο απαιτούμενη πολιτειακή υπόσταση για ανάληψη και εκπλήρωση συναφών υποχρεώσεων.

1. Τούτο –ήτοι η ικανότητα σύναψης «Συμφώνου Ειρήνης»- επήλθε το 1990. Όταν μετά την επανένωση της Γερμανίας η τελευταία απέκτησε ενιαία νομικώς πολιτειακή υπόσταση και κυριαρχία. Ειδικότερα το 1990 υπογράφηκε το λεγόμενο «Σύμφωνο 2 + 4» μεταξύ της ενωμένης πλέον Γερμανίας και ΗΠΑ, ΕΣΣΔ, Γαλλίας και Αγγλίας.

2. Γίνεται δε σήμερα γενικώς και επισήμως δεκτό –και de facto το έχει αποδεχθεί και η Γερμανία, αφού στη βάση αυτή στηρίζει την εν γένει κυριαρχία της- ότι το ως άνω Σύμφωνο επέχει τη θέση του «Συμφώνου Ειρήνης» που περιγράφει, κατά το Διεθνές Δίκαιο, η προαναφερόμενη Συμφωνία του Λονδίνου του 1953. Και τούτο διότι μόνον έκτοτε η Γερμανία μπορούσε να υπογράψει ένα τέτοιο «Σύμφωνο», δεδομένου ότι μόνο τότε, όπως ήδη τόνισα, απέκτησε την ενότητά της και την ενιαία κυριαρχία της μετά το Β΄ Παγκόσμιο Πόλεμο.

Γ. Το «Σύμφωνο 2 + 4» καλύπτει, λόγω της νομικής φύσης του αλλά και γενικότητάς του, και τα μη συμβαλλόμενα πλην όμως παθόντα από την γερμανική κατοχή κράτη, όπως η Ελλάδα. Είναι δηλαδή νομικό κείμενο γενικής εφαρμογής.

Δ. Η από ελληνικής πλευράς νομική βάση των αποζημιωτικών απαιτήσεων κατά της Γερμανίας βρίσκει σταθερό έρεισμα κυρίως στις διατάξεις του άρθρου 3 της Δ΄ Σύμβασης της Χάγης του 1907, οι οποίες κωδικοποίησαν και τις ως τότε διατάξεις του Δικαίου του Πολέμου. Κατά τις διατάξεις αυτές «ο εμπόλεμος όστις ήθελε παραβιάσει τας διατάξεις του Κανονισμού θα υποχρεούται, αν συντρέχει λόγος, εις αποζημίωσιν, θα είναι δε υπεύθυνος δια πάσας τα πράξεις τας διαπραχθείσας υπό των προσώπων των μετεχόντων της στρατιωτικής του δυνάμεως». Επέκεινα οι διατάξεις των άρθρων 46 και 47 του «Κανονισμού Νόμων και Εθίμων του Πολέμου στην ξηρά», ο οποίος είναι προσαρτημένος στη Δ΄ Σύμβαση της Χάγης του 1907, καθιερώνουν και τις δύο θεμελιώδεις αρχές του Δικαίου του Πολέμου, ήτοι τις αρχές της προστασίας του σεβασμού του Ανθρώπου και της ατομικής ιδιοκτησίας. Όλες αυτές τις αρχές επικαιροποίησε η απόφαση του Διεθνούς Στρατιωτικού Δικαστηρίου της Νυρεμβέργης του 1946.

1. Αυτό είχε αποδεχθεί, έναντι της ελληνικής Κυβέρνησης, επισήμως το 1965 ο τότε Καγκελάριος Λούτβιχ Έρχαρτ.

2. Ο ίδιος δε είχε τότε μιλήσει για επανορθώσεις ύψους 500 εκ. γερμανικών μάρκων.

ΙΙΙ. Η σχετικώς πρόσφατη απόφαση του Διεθνούς Δικαστηρίου της Χάγης, με την οποία απορρίφθηκε ιταλικό αίτημα –υπήρχε και παρέμβαση Ελλήνων διαδίκων- για πολεμικές αποζημιώσεις έναντι της Γερμανίας, ουδόλως αλλάζει τα προαναφερόμενα νομικά δεδομένα και επιχειρήματα υπέρ της Ελλάδας. Και τούτο διότι η ως άνω απόφαση εκδόθηκε ύστερα από προσφυγή ιδιωτών. Τώρα γίνεται λόγος για απαιτήσεις του Ελληνικού Κράτους, κατά το Διεθνές Δίκαιο, τόσο για εξόφληση του κατοχικού δανείου όσο και για την καταβολή αποζημιώσεων λόγω των «πεπραγμένων» των γερμανικών στρατευμάτων κατοχής.

Α. Σύμφωνα με πρόχειρους υπολογισμούς, το ελάχιστο των κατά τα προαμνημονευόμενα ελληνικών απαιτήσεων έναντι της Γερμανίας είναι σήμερα, περίπου, 60 δισ. ευρώ από το κατοχικό δάνειο και 110 δισ. ευρώ λόγω αποζημιώσεων. Ήτοι σύνολο, περίπου, 170 δισ. ευρώ. Αλλ' αυτό είναι θέμα ειδικότερου υπολογισμού, ο οποίος θα γίνει με την επιμέλεια των αρμόδιων ελληνικών κρατικών αρχών.

Β. Και κάτι τελευταίο: Η σημερινή ευρωπαϊκή συγκυρία, η οποία χαρακτηρίζεται και από την ανάγκη οριοθέτησης των υποχρεώσεων των χωρών της ευρωζώνης ως προς την επίτευξη βασικών δημοσιονομικών στόχων –μεταξύ των οποίων προέχουσα θέση κατέχει το δημόσιο χρέος κάθε χώρας-μέλους- επιβάλλει και την επίλυση των μεταξύ των χωρών αυτών κάθε είδους συναφών διαφορών, με βάση το ευρωπαϊκό και το διεθνές δίκαιο.»